

## Rechtspopulistische Agenda

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FlfF,

politisches Hauptthema in diesen Tagen ist, wie wir mit Menschen umgehen, die bei uns Schutz suchen. Das zeigt sich in den allgegenwärtigen Talkshows – und den Debatten im Netz. Die radikalisierten sich erneut nach der Sendung *Die Islamdebatte: Wo endet die Toleranz?* in der Talk-Reihe *Menschen bei Maischberger*. Sie wurde nach der Verfilmung des umstrittenen Romans *Die Unterwerfung* von Michel Houellebecq gezeigt; die Debatte eskalierte in einer Weise, dass Forderungen nach einem Moratorium für Talkshows laut wurden. In *Zeit online* nahm Maischberger persönlich dazu Stellung. Aus ihrer Sicht werden leidenschaftliche Debatten heute allzu häufig als „Krawall“ abgetan. Sie fordert auf, wieder mehr zu streiten.<sup>1</sup>

Auf den ersten Blick hat sie damit vielleicht sogar recht. Doch wer Titel und Umfeld seiner Sendung so wählt, dass ihre inhaltliche Ausrichtung bereits naheliegt, muss sich die Frage gefallen lassen, ob es wirklich um fairen politischen Streit geht. Dazu muss man nicht einmal Fremdenfeindlichkeit unterstellen. Die Produktion von Talk-Shows ist schließlich auch ein Geschäft und Flüchtlinge dafür derzeit offenbar ein lukratives Thema.

„Die so vehement geführten Dabatten“, so Maischberger, „spiegeln sich natürlich auch in politischen Talkshows wider.“ Selbstverständlich. Doch die Sendungen setzen auch die politische Agenda.<sup>2</sup> Sich auf gesellschaftliche Debatten zu berufen, auf die man nur reagiere, verkennt diese Funktion von Medien und ist schlimmstenfalls verantwortungslos.

„Verantwortungslos“ – das ist auch der erste Begriff, der mir angesichts der aktuellen Debatte innerhalb der Bundesregierung einfällt. Eine Sitzung des Bundestags musste mehrere Stunden unterbrochen werden, nachdem zwischen CSU und CDU ein heftiger Streit über die Zurückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze entbrannt ist.<sup>3 4</sup> Auch hier ist der Streit um die Deutungshoheit voll im Gange – doch Begriffe wie „Asyltourismus“ sind nicht mehr nur verantwortungslos, sie sind unmenschlich und unerträglich.

Insgesamt verfestigt sich der Eindruck, dass die AfD zunehmend die Debatte bestimmt. Inzwischen diskutieren wir über das Singen der Nationalhymne vor Fußballspielen.<sup>5</sup> Diskussionen, Shitstorms und Pfiffe löst das – zugegebenermaßen politisch unglückliche – Zusammentreffen der Spieler Mesut Özil und İlkay Gündoğan mit dem Türkischen Präsidenten Erdoğan aus. Heutzutage ist schon ein klares nationales Bekenntnis notwendig, wenn man für Deutschland Fußball spielen will – vor allem dann, wenn man keine „biodeutsche“ Herkunft vorweisen kann. Das frühe Ausscheiden bei der diesjährigen Weltmeisterschaft mag man bedauern, auf das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer kann ich persönlich gut verzichten.<sup>6</sup>

Wohlthuend ist hier das Engagement des Präsidenten des Fußballvereins Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, der für seine klare Haltung von der Stadt Marburg und der Humanistischen Union Marburg mit dem *Marburger Leuchtfeuer* geehrt wurde.<sup>7</sup>



Die AfD nutzte unter dem Beifall ihrer Claqueure auch den erschütternden Fall in Wiesbaden, wo ein 14-jähriges Mädchen getötet wurde. Mutamaßlicher Täter ist ein Mann, der in Deutschland um Asyl nachgesucht hatte –, die AfD instrumentalisierte die Tat zur Hetze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende durch eine *Schweigeminute* im deutschen Bundestag. Als Claudia Roth als verantwortliche Sitzungsleiterin dies unterband, sah sie sich heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble – sonst nicht gerade ein Freund des FlfF – ist für seine besonnenen und bestimmten Worte dazu zu danken.

Eigentlich wollte ich über ganz andere Dinge schreiben: Die EU-Datenschutz-Grundverordnung ist seit 25. Mai 2018 verbindlich anzuwenden. Am 6. Juni 2018 ist es nun fünf Jahre her, dass Edward Snowden uns durch seine Enthüllungen die weltweite Überwachung der Telekommunikation bewusst gemacht hat. Und unseren Studienpreis werden wir künftig als Weizenbaum-Studienpreis verleihen, um damit einen Mann zu ehren, der sich in besonderer Weise um *Informatik und Gesellschaft* verdient gemacht hat. Verstörend, dass auch ich mir von der AfD die Agenda diktieren lasse – aber das ist diesmal wohl unvermeidbar. Zu den anderen Themen verweise ich auf die zahlreichen Beiträge in dieser Ausgabe.

Mit FlfFigen Grüßen  
Stefan Hügel

### Anmerkungen

- 1 Sandra Maischberger (2018): *Abschalten? Zeit online*, <https://www.zeit.de/2018/25/sandra-maischberger-talkshow-themen-fluechtlinge-populismus-demokratie/komplettansicht>
- 2 *Pointiert zum Agenda-Setting dieser Sendungen Walter van Rossum (2004): Meine Sonntage mit „Sabine Christiansen“*. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch. In dem Band wird der damalige konservative Politiker Friedrich Merz mit den Worten zitiert: „... Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag. ...“ (S. 15)
- 3 *Es geht vor allem um den „Masterplan Migration“ von Heimatminister Seehofer und um die ca. 46.000 Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Staat Asyl beantragt haben*. Vgl. dazu auch <https://blog.ard-hauptstadtstudio.de/zurueckweisung-von-fluechtlingen-um-wie-viele-leute-gehts/>
- 4 *Nachdem früher vor dem rot-grünen Chaos gewarnt wurde, jetzt also das schwarz-schwarze Chaos*. Man fragt sich aber gelegentlich, ob ein solcher inszenierter Streit zwischen Schwesterparteien wirklich echt ist, oder ob lediglich ein Volkstheater zur Profilierung für die anstehenden Landtagswahlen aufgeführt wird. Bei der Ausweitung der staatlichen Parteienfinanzierung war man sich dann zumindest sehr schnell wieder einig.
- 5 *Schaut man sich Fußballspiele der deutschen Männer-Nationalmannschaft aus den 1970er Jahren an, so stellt man fest: Da hat niemand gesungen*. Skandal! Vielleicht sollten wir die Weltmeisterschaft 1974

zurückgeben, wurde sie doch von einer Mannschaft erspielt, die das notwendige Bekenntnis zur deutschen Nation offenkundig vermissen ließ. Zur aktuellen Debatte siehe auch <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-wm-2018-interview-ulrich-schmidt-denter-zu-nationalhymnen-a-1213054.html>

6 Das ist nicht so harmlos, wie manche glauben machen wollen: Nach Ansicht des Antisemitismusforschers Clemens Heni hat der Patriotismus

des „Sommermärchens“ von 2006 rechtspopulistischen Tendenzen den Boden bereitet: <http://www.fr.de/kultur/antisemitismus-sommermaerchen-bereitete-der-afd-den-boden-a-1409276>. Auch andere zweifeln mittlerweile am Bild des harmlosen Party-Patriotismus: <http://www.sueddeutsche.de/politik/patriotismus-nationalismus-deutschland-1.4003006>  
7 <http://hu-marburg.de/2018/06/13/preisbegruendung-der-jury-peter-fischer-beweist-mut-und-haltung-gegen-rassismus/>



Dagmar Boedicker

## Unbestimmt! – Unverhältnismäßig! – Verfassungswidrig?

### Zum Bayerischen Polizeiaufgaben-Gesetz

*Innenminister Seehofer will das neue Bayerische Polizeiaufgaben-Gesetz (PAG<sup>1</sup>) zur Vorlage für solche Gesetze bundesweit machen – als Mustergesetz. Das PAG passt gut ins Denken von Entscheidern, die seit 2001 ein Netz um Gefährder und Kriminelle ziehen wollen, um ihren Wählerinnen und Wählern eine Sicherheit vorzugaukeln, die es so nicht gibt. Es ist eine erneuerte Sicherheits-Architektur auf Länder-, Staats- und europäischer Ebene entstanden. Ein Netz, in dem die Demokratie als Beifang zappelt!*

### Hilflose Demokratie

Freie Menschen brauchen Privatsphäre als einen Ort, in dem sie diskutieren, eigene Meinungen erproben und bilden können. Privat ist der Ort, zu dem nur diejenigen Zugang haben, denen wir das ausdrücklich erlauben. Zwar sind das viel zu oft große Konzerne wie Facebook, Google, Amazon und andere –, dem Staat erlauben wir diese Überwachung aber nur, wenn es gar nicht anders geht. Wenn also unsere Repräsentanten dem mit Gesetzen zugestimmt haben. Auch dann ist nicht auszuschließen, dass eine Gesellschaft als Ganzes aufhört, furchtlos Meinungen zu äußern und auszutauschen und ihre demokratischen Grundrechte in Anspruch zu nehmen. Wer sich beobachtet fühlt, ändert das eigene Verhalten und zieht sich zurück auf Freiheiten und nimmt weniger an der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens teil.

Damit muss Bayern jetzt schon und demnachst wohl die Bundesrepublik rechnen, wenn „Voraussetzungen für polizeiliche Befugnisse nicht genannt, sondern in Verweisungsirrgärten versteckt“<sup>2</sup> werden, wenn Regelungen und Begriffe unbestimmt sind und „den Rechtsanwendenden [werden] nicht genügend Hinweise für eine begrenzende Auslegung gegeben“<sup>3</sup> werden. Oder wenn Eingriffe mehrfach damit begründet werden, dass eine Person oder Sache „mutmaßlich in Zusammenhang mit der Gefahrenlage“<sup>4</sup> steht.

*„Tatsächlich enthält die Rechtsprechung des BVerfG, anders als die Begründung an mehreren Stellen suggeriert (S. 54, 59, 62, 66), keine Rechtfertigung von Eingriffen ausschließlich auf der Grundlage von Mutmaßungen.“<sup>5</sup>*

Wenn ein Gesetz die Rechte des Souveräns beschneidet, muss es *mindestens (!)* möglich sein, dass einerseits der Souverän (wir Bürgerinnen und Bürger also) weiß, was dieses Gesetz von ihr/ihm verlangt. Wir müssen verstehen, wie wir uns gesetzeskonform verhalten sollen. Dazu müssen wir das Gesetz begreifen, es muss transparent und eindeutig sein. Wir dürfen erwarten, dass es fair ist und unsere demokratische Freiheit nicht über Gebühr beschränkt, *erforderlich* und *verhältnismäßig*, nicht mehr als unbedingt notwendig. Das gilt auch für diejenigen, die gar nicht Bürger

dieses Staats sind, sondern sich lediglich in ihm aufhalten. Auf der anderen Seite müssen auch die, die dieses Gesetz anwenden sollen, wissen, welche Rechte wir haben und welche Rechte sie uns gegenüber. Auch Gerichte, Geheimdienste oder die Polizei müssen das verstehen. Es mag sein, dass der Polizei nicht jedes Verhalten genehm ist. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass sie unerwünschtes Verhalten unterbinden darf. Sollte sie ihre Kompetenzen überschreiten, müssen wir uns wehren können. Dafür brauchen wir Rechtsmittel. Missbrauch muss möglichst verhindert und – sollte er doch geschehen sein – müssen wir entschädigt werden.

### So nicht!

erschienen in der FfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

für eine Demokratie nicht ge- (noch) mit absoluter Mehrheit (U, dass das so bleibt. Und solange es so ist, kann sie es sich leisten, ein PAG auch dann durch den Landtag zu drücken, wenn Experten in ihren Stellungnahmen Teile als verfassungswidrig betrachten. Das hat sie erfolgreich schon im Juli 2017 gezeigt, als sie das Polizeiaufgaben-Gesetz<sup>6</sup> zuletzt änderte. Der Bayerische Innenminister entzieht sich inhaltlicher Kritik und wirft im Gegenangriff den Oppositionsparteien und den zahlreich protestierenden Bürgern vor, zu lügen. Die Debatte im Landtag anlässlich der hastigen zweiten und dritten Lesung am 15. Mai 2018 war ein unschönes Schauspiel und ließ die Arroganz der Macht spüren. Jetzt ist das PAG in Kraft.

Das hat die CSU-Mehrheit unter anderem beschlossen:

- Kontaktverbote, Aufenthaltsverbote, Aufenthaltsgebote (Art. 16 Abs. 2 S. 1) und Präventivgewahrsam (Art. 17): Dafür sind die Voraussetzungen stark abgesenkt. Präventivgewahrsam kann jetzt von bisher 14 Tagen auf drei Monate ausgeweitet und unbegrenzt häufig verlängert werden („Unendlichkeitshaft“). Beim Verstoß gegen eine elektronische Aufenthaltsüberwachung oder ein Aufenthaltsgebot genügt dafür die „drohende Gefahr“. Wenn Menschen aber durch Anordnungen, wo sie sich aufzuhalten haben, oder gar durch „präventive Ingewahrsamnahme“ über viele Mo-